



DPoIG

**Deutsche Polizeigewerkschaft
im DBB
Landesverband Schleswig-Holstein**

DPoIG im DBB ♦ Muhliusstr. 65 ♦ 24103 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Finanzausschuss
Landeshaus
24103 Kiel

Landesgeschäftsstelle
Muhliusstrasse 65
24103 Kiel
Telefon (0431) 210 9662
Telefax (0431) 519 2221
dpolg-sh@t-online.de
www.dpolg-sh.de

per E-Mail

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 15/3831

17. Oktober 2003

Gesetzentwurf der Landesregierung zur Gewährung jährlicher Sonderzahlungen Drucksache 15/2901

Ihr Zeichen: L 213

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Deutsche Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund dankt für die Übersendung des Gesetzesentwurfs und die Möglichkeit der Stellungnahme.

Stellungnahme:

Die Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB lehnt den Gesetzesentwurf zur Neuregelung jährlicher Sonderzuwendungen ab.

Die DPoIG hätte es begrüßt, wenn der Entwurf des dbb – beamtenbund und tarifunion berücksichtigt worden wäre. Dann hätten die Kollegen, trotz aller Einschnitte, eine Perspektive. Durch die nicht vorhandene zeitliche Begrenzung des vorliegenden Entwurfes besteht der Eindruck, dass dieses erst der Einstieg in weitere Kürzungsaktionen zur Konsolidierung des Landeshaushaltes ist.

Damit tritt ein weiterer Vertrauensverlust ein.

Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Landes Schleswig-Holstein haben seit Jahrzehnten Sonderopfer zur Haushaltsverbesserung geleistet.

Trotz dieser Opfer, immer schlechter werdender Beförderungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen, die nicht immer dem Stand der Zeit entsprechen, haben sie mit hoher Motivation und persönlichem Engagement viele Defizite ausgeglichen.

Hier scheint das Ende der Fahnenstange erreicht, weitere Einschnitte sind kaum noch zu vermitteln.

Der Blick über die Landesgrenzen macht die Konkurrenzsituation, die durch die Öffnungsklausel noch verschärft wird, bereits deutlich. So ist es im sogenannten Hamburger Rand kaum noch möglich Bewerber aus der Region zu bekommen. Unseren jungen Beamtinnen und Beamten bereitet es in dieser Region bereits Probleme bezahlbaren Wohnraum zu bekommen und Familien zu gründen. Insbesondere diesem Personenkreis sind weitere Gehaltseinbußen nicht mehr zuzumuten.

Bereits heute kommt die Dienstherrin ihrer Verpflichtung, für annähernd gleiche Lebensverhältnisse zu sorgen, nicht einmal ansatzweise nach.

Um nicht alles zu wiederholen schließt sich die DPoIG der Stellungnahme der dbb – beamtenbund und tarifunion, Landesbund Schleswig-Holstein, an.

Mit freundlichen Grüßen

Ernst Meißner
Landesvorsitzender